

*Betreff:***Rückendeckung für eine (un-)wirtschaftliche Entscheidung der Geschäftsführung?***Organisationseinheit:*

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

04.11.2019

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der Fraktion BIBS im Rat der Stadt Braunschweig beantwortet die Verwaltung wie folgt:

Die Rechtslage zur Nutzung von öffentlichen Einrichtungen durch politische Parteien wurde auch zur Ratssitzung am 17. September 2019 noch einmal näher erläutert (siehe Drucksache 19-11638-01).

Ein Kündigungsgrund für den zwischen der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH und der AfD-Bundespartei geschlossenen Mietvertrag ist auf der Basis der bestehenden Rechtslage nicht ersichtlich. Rechtswidrige Vertragskündigungen kommen für die Stadt Braunschweig oder ihre Tochtergesellschaften nicht in Betracht.

Geiger

Anlage/n:

keine